

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsko, Piłsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Młyńska 45-8. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsführungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Kompte-Bank, Bielsko. Bezugspreis ohne Zusendung zł. 4.— monatl. (mit illustrierter Sonntags-

beilage "Die Welt am Sonntag" zł. 5.50), mit portofreier Zustellung zł. 4.50, (mit illustriertem Sonntagsbeilage zł. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Rückenteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederaufholung Rabatt).

2. Jahrgang.

Donnerstag, den 21. November 1929.

Nr. 313.

Rede des Ministerpräsidenten Switalski über die Revision der Verfassung.

Warschau, 19. November. Programmgemäß hat Ministerpräsident Dr. Kazimierz Switalski am Dienstag, um 6 Uhr nachmittags, im Saale der Philarmonie in Warschau die Reihe von Vorträgen über die Verfassung durch seine Rede unter dem Titel "Die Frage der Revision der Verfassung in Polen" begonnen. Der Saal war vollgefüllt mit Publikum. Es waren Mitglieder der Regierung erschienen, die Vertreter der Kanzleien des Staatspräsidenten, fast vollständig der B. B. A.-Klub, Politiker, Vertreter der Armee und dergleichen. Ministerpräsident Dr. Switalski wurde bei seinem Erscheinen mit Applaus begrüßt.

In der Einleitung hob Ministerpräsident Dr. Switalski die Wichtigkeit der Frage der Revision der Verfassung und die Schwierigkeiten hervor, die sich der Erledigung dieser Angelegenheit entgegen stellen. Diese Schwierigkeiten sind zum großen Teil Auswirkungen der langen Anekdote des politischen Bewußtseins der Bevölkerung. Während der Abhängigkeitsdauer haben wir gelernt, die Bedeutung des Abgeordneten- und der parlamentarischen Rednertribüne zu überhöhen. Dies war selbstverständlich, denn nur auf diesem Wege konnten wir wenigstens teilweise die Rechte der Nation verteidigen und einen Druck auf die Regierung ausüben. Der Umfang der fremden Regierung, die Probleme, auf welche Weise verschiedene mit den Erscheinungen des parlamentarischen Lebens im Zusammenhang stehende Umstände auf die Art der Regierung eingewirkt haben, haben uns nicht berührt, was ja verständlich ist, nachdem es sich um fremde Regierungen handelt. Die Frage des Gleichgewichtes zwischen der eingesetzten und gegebenden Gewalt im Staat habe ich immer vom Standpunkte betrachtet, daß wir keine eigene Exekutivewelt besitzen.

Dann sprach der Ministerpräsident sehr ausführlich über die Verfassung, die der Verfassungsgebende Sejm beschlossen hat, das ist die sogenannte Märzkonstitution. Diese Verfassung ist unter dem Einfluß der erwähnten Psychologie und unter dem Druck der Formel beschlossen worden, daß der Abgeordnete immer und ständig der Ausdruck des Willens des Volkes ist, daß er in allem, was er tut, das Volk vertritt und daß durch Erteilung der größtmöglichen Berechtigungen und Privilegien an die Abgeordneten, die demokratischen Ideale verwirklicht werden. Überdies hat im verfassungsgebenden Sejm die Rechte unter dem Druck der Furcht vor dem Marschall Piłsudski als vermutlichen künftigen Präsidenten gestanden. Deshalb hat sich die Rechte auf den Standpunkt des äußersten Parlamentarismus und der vollständigen Anebaltung des Staatsoberhauptes und der Exekutivewalt gestellt. Die Linke hat zwar das Staatsoberhaupt unterstützt, aber mit Rücksicht auf die Parteiprinzipien mußte sie jeder Konzeption einer Ausdehnung der Privilegien des Parlamentes zustimmen.

Dies führte zu direkt absurdem Verhältnissen, die dem polnischen Staat schadeten. Wenn die Opposition behauptet, daß trotz des Übergewichtes des Sejm nur das Kabinett Sokołowski und Śliwiński durch den Sejm gestürzt worden ist, und die anderen Regierungen an ihrer eigenen Kraftlosigkeit zusammengebrochen seien, so ist dies ohne Zweifel eine Unwahrheit. Vor allem war Vater dieser Kraftlosigkeit der Sejm selbst, der die Entstehung jeder Regierung stützte. Viele Kabinette sind durch Verschiebungen in den Couloirs gefallen. Andere Kabinette sind gefallen, weil sie sich bei allen Parteien eingetauft, alle Parteien nach der Reihe um Unterstützung ersucht haben, bis ihnen alle Karten aus den Händen geglipten sind.

Winkelzüge der Opposition.

Der derzeitige Sejm will eine Änderung der Verfassung vermeiden und dadurch die ihm durch die Märzverfassung auferlegte Pflicht nicht erfüllen.

Der Ministerpräsident erinnert, welcher Sturm von Angriffen seitens der Opposition gegen den durch den un-

parteiischen Block eingereichten Entwurf angebracht worden ist, um vor der Bevölkerung die Unlust zur Arbeit an der Verfassung zu rechtfertigen, indem sie erklärte, daß der Entwurf sich überhaupt zur Diskussion nicht eignet. Dann wurde aus formellen Gründen der Antrag abgelehnt, daß in der Zeit der geschlossenen Sejmssession der Verfassungsausschuss seine Beratungen fortsetzen solle. Ebenso wurde die Einladung des B. B. A.-Klubs zur Besprechung außerhalb des Sejm über diese Frage abgelehnt, obwohl früher seitens der Opposition die Notwendigkeit solcher Beratungen betont worden ist. Jetzt werden immer neue Angelegenheiten vorgeschoben, um nur die Verfassungsfrage von der Tagesordnung abzusehen.

Eine und dieselbe Angelegenheit schlägt die Opposition immer von einer anderen Seite ab, um nur die Aufmerksamkeit von der Verfassung abzuwenden. Ich spreche hier von den Budgetüberschreitungen für das Jahr 1927-28. Zuerst wurde der Kampf um den Termin der Einreichung des Gesetzes über die Nachtragskredite ausgefochten. Dann wurde die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkte der Überzeugung derjenigen an den Staatsgerichtshof bearbeitet. Jetzt, wo die Regierung die Vorlage eingebracht hat, wird die Angelegenheit vom Gesichtspunkte der Berichterstattung der Obersten Staatslichen Kontrollkammer besprochen. Ueber die falschen Schlussfolgerungen, die die Opposition aus der Tatsache der Verzögerung der Erteilung des Absolutotums bezüglich dieser Kredite bis zu ihrer Legalisierung gezogen hat, braucht Redner nicht ausführlich zu sprechen, da dies bereits der Präsident der Obersten Kontrollkammer getan habe, der deutlich erklärt hat, was dieser Beschluß tatsächlich bedeutet.

Der Ministerpräsident möchte nur betonen, daß die Regierung und die Regierungspartei in vollem Ausmaße das Recht der parlamentarischen Kontrolle über die finanzielle Gebarung der Regierung anerkennen, diese Verpflichtung niemals bestritten haben, auch jetzt nicht bestreiten und auch nicht die Absicht haben, sie zu bestreiten.

Der Ministerpräsident betont, daß sich Polen den Luxus einer schwachen staatlichen Organisation nicht leisten kann und das schon mit Rücksicht auf unsere geographisch-politische Lage. Es handelt sich hier nicht nur um die Gefahr eines Krieges, sondern auch um die Gefahr politischer und wirtschaftlicher Einflüsse. Die Änderung der Verfassung dann durchzuführen, wenn diese Einflüsse besonders stark sind, das bedeutet, eine Operation unter besonders schweren Umständen zu riskieren.

Unzutreffende Beweisführung der Ultraparlamentarier.

Unsere Ultraliberalen berufen sich auf Beispiele aus dem Auslande. Tatsächlich ist unsere Verfassung unter dem Einfluß der parlamentarischsten Verfassung, die Frankreich besitzt, entstanden. Aber es ist eine Frage, ob dieses Beispiel besonders unseren speziellen Bedingungen entspricht.

Die Regierungen in Frankreich sind von kurzer Dauer. Durchschnittlich ist ein französisches Kabinett durch ein halbes Jahr am Ader. Vor dem Mai war auch dieser Zeitraum der Obligate bei uns. Dies beraubt die Regierungen der Kontinuität, was speziell in unseren Verhältnissen besonders gefährlich ist. In Frankreich erhalten sich die Regierungen manchmal länger dank oder eigentlich infolge der schwachen inneren Disziplin der Parteien. Es kommt öfters vor, daß ein großer Teil der oppositionellen Parteien für die Regierung stimmt, wenn die betreffenden Abgeordneten der Ansicht sind, daß die Regierung in der in Beratung stehenden Angelegenheit recht hat.

Bei uns besteht unabdingliche Parteidisziplin, was zum großen Teil die Folge der Wahlordnung ist, aus der unser Sejm hervorgeht. Dieselbe Wahlordnung hat zur Folge, daß

an der Spitze der Parteien keine ausgeprägten Individualitäten stehen. Bevor eine Entscheidung innerhalb eines Klubs gefällt wird, erhebt erst die graue Masse der Abgeordneten ihre Stimme, die das Gros des Klubs bilden. Diese Agitatoren entscheiden und nicht die starken Individualitäten, die imstande wären, die Mitverantwortung für das Los des Staates zu übernehmen. Aber wenn einmal die Entscheidung fällt, sind die Klubs nach Außen ein geschlossenes Ganzen. Es ist zum Beispiel bekannt, daß in der Opposition, als der Ministerpräsident die Klubs zur Beratung außerhalb des Sejm eingeladen hatte, das ist im Herbst dieses Jahres, sehr bedeutende Mitglieder derselben sich dafür einzusetzen, daß die Einladung angenommen werde. Die Klubberatungen haben eine andere Entscheidung ergeben und die Parteien standen dann hinter den Klubs wie eine Mauer. Wenn es anders geschehen wäre, wäre die Lage dieser Parteien eine andere als heute.

Die Opposition beruft sich auch auf das Beispiel des englischen Parlamentes. Der Vergleich ist aber auch unrichtig. Dort besteht das System zweier und jetzt dreier Parteien. Beim System der zwei Parteien war die Situation klar, bei dem System dreier Parteien gestattet die Opposition der Minderheitsregierung zu arbeiten, wenn sie zur Überzeugung gelangt, daß in der momentanen Lage kein anderer Ausweg möglich ist. Die englische Regierung leitet auch die Arbeiten des Parlamentes.

Grundlagen für die Regierung.

Der Redner besprach sodann die Frage der Möglichkeit, in Polen auf der Grundlage einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren. Diese Möglichkeit kann man sich nur schwer ausdenken und noch schwerer ist es auf dieselbe zu worten. Für eine negative Arbeit für die Bekämpfung der Regierung ist leicht eine Mehrheit zu erlangen, aber anders sieht die Sache aus, wenn es sich um eine schöpferische Mehrheit handelt. Der Ministerpräsident erinnerte auch daran, daß schon unter den idealsten Umständen, bei uns eine Rechte, eine linke Partei und die Minderheiten bestehen würden. Sich auf die Minderheiten zu stützen, bei denen viele der Abgeordneten eine staatsfeindliche Stellung einnehmen, wäre immer mit einem großen Risiko verbunden.

Wenn somit keine Rede davon sein kann, daß die Regierungen des eingeengten Parlamentarismus dem Staat die nötige Macht verleihen können und die Hauptfrage der Verfassung das Verhältnis des Sejm und der Regierung des Staatspräsidenten zueinander ist, so muß man darüber nachdenken, auf welche Weise das Problem anders gelöst werden könnte d. h. man muß die Lösung in der Erhöhung der exekutiven Gewalt durch die Ausdehnung der Prärogative des Staatsoberhauptes suchen. Die Opposition hat sich sehr energisch dagegen ausgesprochen. Dieselbe Opposition, welche in direkter Form jeden Abgeordneten als die Verkörperung bürgerlicher Tugenden und Selbstdisziplin darstellt, als einen Herold der Arbeit für das Volk, betrachtet jeden Präsidenten, jedes Mitglied der Regierung als einen Dämon, der die Macht zum Schaden solles und der Demokratie missbraucht. Die Geschichte weist nach, daß die Wirklichkeit anders aussieht. Die dritte französische Republik haben vor verschiedenen Krisen starke Männer bewahrt, die sogar durch die Parlamente wegen diktatorischer Versuche, wie dies mit Gambetta der Fall war, angeklagt worden sind. Von der Zeit der Diktatur Thiers über Gambetta, Waldeck-Rousseau sind immer starke Individualitäten in Perioden von Krisen aufgetreten und haben ihren Willen aufgezwungen. Ebenso ist die Geschichte des englischen Parlamentarismus gleichzeitig die Geschichte großer Staatsmänner. Es versteht sich von selbst, daß nicht alle Präsidenten gleich hervorragende Individualitäten sein werden. Man könnte aber nicht künstlich Hindernisse schaffen für starke Individualitäten, die dem Staat durch ihre Arbeit mehr geben wollen.

Die Opposition behauptet weiter, daß die erhöhte executive Gewalt einen allmächtigen Bürokratismus hatte. Dies ist aber wiederum ein großer Irrtum. Dort, wo die Regierung sich jedes halbe Jahr abwechselt, dort regiert erst recht der Bürokratismus. Ein Boszowode oder ein Polizeikommendant, der mit einer stabilen Regierung nicht rechnen kann, wird immer leichter Satrappe sein und die Anlehnung an jene Parteien suchen, die in seinem Gebiete stark sind.

Der Ministerpräsident, der schon früher in seiner Rede wiederholt habe, daß für ihn in der Angelegenheit der Revision der Verfassung das maßgebende Moment das Verhältnis des Staatspräsidenten, der Regierung und des Sejm zueinander ist und nicht die anderen Punkte derselben bespricht nun kurz die Bemerkung und Entwürfe der Verfassung der Rechten und der Linken.

Unmöglichliche Entwürfe der Opposition

Die national-demokratische Rechte ist der Ansicht, daß die Aenderung der Wahlordnung, die Forderung eines Staatsrates, einer gewissen Erschwerung des Misstrauensvotums die ganze Frage der Reform der Verfassung umfasse. Sie teilt auch die Staatsbürger in Kategorien, was immer ein Risiko ist. Von einer Ausdehnung der Macht des Staatspräsidenten will sie nichts hören. Sie würde wohl die größte Macht dem Staatspräsidenten zusprechen, wenn sie die Garantie hätte, daß ein Mitglied ihrer Partei Staatspräsident wäre.

Der Entwurf der Linken ist eine widersinnige Ausdehnung der Rechte des Parlamentes. Er kommt zu einer derart unsinnigen Forderung, daß der Sejm auch dann weiter besteht, wenn Neuwahlen ausgeschrieben worden sind. —

Der hauptgrundsatz der B.B.W.R.-Partei

Der Hauptgrundsatz ist die Sicherung einer stabilen Regierung. Der Ministerpräsident stellt dann unter großem Applaus der Anwesenden den Grundsatz auf, daß die Lösung der Frage der Revision der Verfassung auch ohne Erschütterung erfolgen könne, wenn, als allgemein anerkanntes Kriterium, der Grundsatz angenommen wird, daß die Sicherung der Staatkräfte nur durch die Sicherung einer starken und stabilen Regierung angenommen wird. Dieser Grundsatz sagt der Ministerpräsident ist von uns ohne Kompromiß aufgestellt worden. Wenn diesem Kriterium nicht die anderen Grundsätze untergeordnet werden, so können wir zu keiner Ordnung gelangen. Und wenn ich diesen Grundsatz als den obersten Grundsatz aufstelle, so tue ich dies nicht aus den Gefühlen des Standesbewußtseins sondern aus dem Verständnis der Gefühle der breiten Massen der Bevölkerung. Deshalb bin ich überzeugt, daß die öffentliche Meinung der Bevölkerung bei diesen meinen Bestrebungen hinter uns stehen und uns volle Unterstützung gewähren wird. Der Instinkt der Bevölkerung legt sich von den Schwierigkeiten, die bei den heutigen komplizierten Ver-

hältnissen die Regierung zu beherrschen hat, vollkommen ab. Die Bevölkerung will reale Linie sehen und will bei diesen Schwierigkeiten von einer starken Hand geleitet werden. Wenn der volle Parlamentarismus keine Garantie dafür gibt, daß er dem Staat die Macht verschaffen könnte, wenn er fast sicher in dieser Hinsicht zu versagen droht, muß man sich rücksichtslos für die Beschränkung der großen Rechte des Parlaments entscheiden.

Diesen obersten Grundsatz muß man tatsächlich annehmen, ohne dessen Anerkennung ein Versuch der Revidierung und der Anpassung der einzelnen Artikel der Verfassung keine realen Resultate geben könnte. "Ich erblicke in diesem Grundsache keine Tendenz gegen die Demokratie", sagte Dr. Switalski, "denn derselbe bewegt sich in der Richtung der Wünsche der Massen und nicht gegen dieselben. Die Aenderung der Organisation eines Staates und die mit derselben verbundenen Kämpfe waren nicht leicht. Eine solche Aenderung hat immer Reibungen und Kämpfe hervorgerufen. Diese Kämpfe müssen ihre äußeren Erscheinungen haben. Es ist besser Erschütterungen durchzumachen, welche momentan unvermeidbar sind, aber in entsprechender Zeit auf ruhige Wege führen. Es wäre die beste Lösung, wenn dieser Kampf sich auf einem beschränkten Abschnitt abspielen würde, um unnötige Erschütterungen zu vermeiden. Dies ist auch unser Wunsch und unsere Absicht. Wenn wir aber auf unserem Wege zu der Revision der Verfassung Polens auf Schwierigkeiten in Gestalt boshaften Widerstandes und boshafter Missgunst stoßen werden, so wird es nicht unsere Schuld sein, wenn dieser Kampf auf weiteren Gebieten Reibungen hervorrufen wird. Wenn im Sejm sich nicht die arithmetische Anzahl von Stimmen für die Revision der Verfassung in der Richtung, die wir als dringend notwendig für das Wohl des Staates anerkennen, finden sollte, so werden wir in diesem Kampfe nicht stehen bleiben und nicht auf unsere Ziele verzichten und wir werden und müssen diesen Kampf gewinnen."

Ich rechne mir das zur höchsten Ehre an, daß ich einem Lager angehöre, das, als es zum aktiven Kampf um die Unabhängigkeit geschritten ist, als eine Schar Wahnsinniger, die sich mit der Haare auf die Sonne werfen, betrachtet werden ist. Trotz dieses Mangels an Vertrauen haben wir doch schließlich den Sieg errungen. Ich habe das Glück einem Lager anzugehören, das von dem Augenblick der Wiederverlangung der Unabhängigkeit an seine eigene Kraft glaubt. Trotzdem, daß nicht nur in den Kämpfen der Diplomaten eine sogenannte Kurzzeitlinie bestanden hat, sind wir unter Führung Josefs Piłsudskis einen Weg gegangen, der vielen Leuten als ein Risiko sich darstellt. Auch die Schwierigkeiten, die wir nun überwinden müssen, werden groß sein, aber trotzdem müssen und werden wir siegen.

Zum Glück steht bei den heutigen Kämpfen um die neue Verfassung des Staates dasselbe Mann, Josef Piłsudski, an der Spitze und deshalb wird der Sieg unser sein.

Im offenen Briefe des Marschalls Daszyński an den gewesenen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Bartel in der Nummer 103 des "Robotnik" vom 14. April I. J. lesen wir: "Sie verurteilen den Beschluß des Sejm, durch welchen die Angelegenheit des Herrn Ministers Czechowicz vor den Staatsgerichtshof gebracht worden ist. Dieser Beschluß wird fast mit dem Beschuß des englischen Parlaments, auf Grund dessen König Karl Edward geklopft worden ist, oder des französischen Konvents, durch welchen Ludwig Bourbon guillotiniert worden ist, verglichen. Ich will nicht auf die Frage eingehen, ob der Beschluß des Sejm bezüglich der Person des Ministers Czechowicz begründet war oder nicht, ich möchte nur Ihnen Herr Ministerpräsident, eine gewisse Unaufdringlichkeit bei Behandlung dieses Gegenstandes vorwerfen. Niemand würde Herrn Czechowicz anklagen, wenn Ihre Regierung das Gesetz über die Nachtragskredite für das Jahr 1927-28 im Sejm eingebracht hätte. Sie könnten das Gesetz dem Sejm hundertmal vorlegen und haben es trotzdem nicht vorgelegt. Warum? — Sie wissen es, warum. Und wir alle wissen es. Dies ist für niemanden ein Geheimnis. Sie könnten schon im Reime den Gedanken an eine Anklage zu nennen machen, aber Sie haben nicht die Kraft dazu gefunden."

Nach der Zitierung der Worte Daszyński führt Minister Czechowicz weiter fort: Zwei Monate später erscheint Herr Daszyński vor dem Staatsgerichtshof als Zeuge in der Anklage und erklärt ausdrücklich, daß es zu einer Anklage vor dem Staatsgerichtshof niemals gekommen wäre, wenn der gewesene Ministerpräsident Bartel ihm selbst im letzten Momente ein präzises Versprechen bezüglich der Vorlage des Gesetzes über die Zusatzkredite gemacht hätte. Es waren doch schon damals sowohl die Globalziffer der Budgetüberschreitung für das Jahr 1927-28, wie auch alle Einzelheiten, die sich in den betreffenden Protokollen der Obersten Kontrollkammer befinden, dem Sejm marschall Daszyński wohl bekannt. Er sah aber den Schwerpunkt nicht in der bloßen Tatsache der Überschreitung, sondern in der Notwendigkeit der Bestrafung der Forderungen der Verfassung. Jetzt, wo die Regierung endlich sowohl die Rechnungsabschlüsse, wie auch den Antrag wegen Legalisierung der Überschreitung aus dem Jahre 1927-28 vorgelegt hat, hörte die formelle Seite der Frage auf, den Marschall Daszyński zu interessieren. Jetzt handelt es sich ihm nicht mehr um die verfassungsmäßige Garantie der Rechte des Sejm, sondern um das budgetäre Meritum der ganzen Angelegenheit.

Habe ich betrachtet Herr Daszyński schon die bloße Tatsache der Überschreitung des Budgets als ein so schweres Verbrechen, daß ihm "die Haare zu Berge stehen". Man müßte annehmen, daß Herr Daszyński als alter Parlamentarier wissen sollte, daß Budgetüberschreitungen immer auch in anderen Staaten vorkommen und das dieselben auch jahraus jahrein in Polen stattgefunden. Er hat ohne Zweifel davon gewußt, als er seinen Brief an den Ministerpräsidenten Prof. Dr. Bartel schrieb, als er vor dem Staatsgerichtshof als Zeuge erschienen ist und einige Tage vor der Behandlung, als er im Belvedere sich um die Schaffung eines Blocks der Zentrum- und Linkspartei bemühte.

Besteht nicht die historische Notwendigkeit im Namen der Wahrheit festzustellen, daß der Sejm marschall Daszyński seinen Standpunkt geändert hat und in dieser Angelegenheit sich zum rücksichtslosen Staatsanwalte in dem Momente gemacht hat, als alle Brücken zu einem Frieden abgebrochen waren?

Wenn ich die Taktik des Marschall Daszyński in meiner Angelegenheit überprüfe, so komme ich immer mehr zum Bewußtsein, daß dieselbe nicht im mindesten selbständigt ist, daß sie sich vollkommen mit der Taktik der oppositionellen Sejmimehrheit deckt, die in ihrem Kampfe gegen den Marschall Piłsudski aus mir ein "Civilgeisel" gemacht hat.

Zuschrift des Präsidenten der Obersten Kontrollkammer an die Redaktion des "Robotnik".

Der Präsident der Obersten Kontrollkammer hat, wie "Pat" meldet, am 15. November an den Chefredakteur des "Robotnik" folgendes Schreiben gerichtet:

Hochwürdiger Herr Redakteur!

In der Nummer 328 des "Robotnik" vom 13. ds. Seite 1 und in Nummer 330 vom 15. ds. Seite 1 wurde der Beschluß des Kollegiums der Obersten Kontrollkammer vom 1. Jänner 1929 betreffend die Ausgaben und Auszahlungen, die in der Budgetperiode 1927-28 im Gegenseite zu den Vorschriften des Finanzgesetzes erfolgt sind, in folgenden Worten angeführt: "Die Oberste Kontrollkammer kann nicht den Antrag wegen Erteilung eines Absolutums an die Regierung stellen".

In dem Beschuß des Kollegiums der Obersten Kontrollkammer hat in einer so wichtigen Frage jedes Wort des Beschusses eine Bedeutung für die richtige Beurteilung desselben. Ich betrachte somit als Präsident der Obersten Kontrollkammer es als meine Pflicht, festzustellen, daß der vollständige Wortlaut des erwähnten Beschusses folgender ist:

"Das Kollegium der Obersten Kontrollkammer kann deshalb nicht den Antrag um Erteilung des Absolutums an die Regierung stellen, weil obige Ausgaben, als dem Finanzgesetz wohrsprechend, die Legalisierung im Wege eines Gesetzes erfordern."

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung
Prof. S. Wróblewski

verloren haben, die Städte Dalaibor und Mandischuli an der chinesischen Ostbahn belegt.

Neuformulierung der österreichischen Verfassungsvorlagen.

Wien, 20. November. Der Verfassungsausschuß des Nationalrates trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in deren Verlauf Bundeskanzler Schober zur Rückverweisung der Verfassungsvorlagen an den Unterausschuß erschien, damit dieser zu den auf Grund der Parteiverhandlungen ge machten neuen Formulierungen und Neuertragungen der Regierung Stellung nehmen könne. Der Unterausschuß ist für Freitag vormittag einberufen worden.

Der "Osservatore Romano" über Marschall Piłsudski.

In einer der letzten Nummern des "Osservatore Romano", des Organes des Bistums Rom, ist ein Artikel unter dem Titel "La Question Polacca" erschienen. Die Zeitung spricht die Ansicht aus, daß in Polen die Überzeugung vorherrsche, daß die Verfassungsrevision notwendig sei. Um diese Kämpfe der Marschall Piłsudski. Diese Frage sei sehr dringend und deren Erledigung notwendig im Bezug auf die Bedürfnisse Polens, um die so schwer eroberten Erfolge zu sichern.

Die Kämpfe im Osten.

London, 20. November. Sowjetrussen haben nach heftigen Kämpfen, bei denen die Chinesen 2000 Mann an Toten

